

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 Mk., bei den übrigen Postorten ohne Porto 2,70 Mk. bei Zustellung unter Straßennummer 1,30 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtag der Postzustellung für 1919 unentgeltlich.

Interesse haben die abholbaren „Tempore“-Hefen über deren Namen 17 Pf. „Wochenblätter“ des Verlagsvertrages 40 Pf., jedes weitere Heft 20 Pf. Erwerbungspreis 10 Pf., bei Familien- und Veranlassungsangelegenheiten 18 Pf. der Zeitung wert. Inwieweit die den Lesern folgenden Tag vorher frühstens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition abgeholt sein.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111.
Verlagsredaktion: Am Nordsee 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Verlagsredaktion: Am Nordsee 2895.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 3. Februar 1919

Nummer 59

Beginn der Spartakusprozesse.

Die Schuldigen.

In der Nummer des „Avanti“, des Zentralorgans der italienischen Sozialdemokratie, vom 23. Januar findet sich eine Erklärung des preussischen Polizeiministers Ernst, die auf die Stellung der Regierung Ebert-Scheidemann zu dem sogenannten Spartakus-Festlich grelle Schlaglichter wirft. Herr Ernst erklärt nämlich wörtlich:

„Ein Erlaß der Spartakusliste war von vornherein ausgeschlossen, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum früheren Zuschlagen genötigt haben. Ihre Karten wurden früher ausgeheftet, als sie es wünschten, und wir waren daher in der Lage, ihnen entgegenzutreten.“

Nach dieser unmittelbar nach der Blutwoche abgegebenen Erklärung, die im Stenogramm der Unterredung im Wortlaut festgehalten ist, steht also fest, daß die Regierung durch ihre Vorbereitungen den sogenannten Spartakus-Aufstand provoziert hat, um einen Anlaß zum bewaffneten Einschreiten zu haben.

An dieser Tatsache muß festgehalten werden, um das ganze gegenrevolutionäre Treiben der Regierung zu würdigen. Sie zeigt zugleich, daß diejenigen, die heute mit der Aburteilung von hundertern verhafteter Arbeiter beginnen, vor der Geschichte als die eigentlichen Schuldigen an den tragischen Ereignissen der letzten Wochen dastehen werden.

Die offizielle „Deutsche Wg. Ztg.“ berichtet: Am Montag beginnen im Reichsgerichtsbau die ersten Verhandlungen gegen die gegenseitlich des Vorgesetzten der Spartakisten verhafteten Personen. Es sind für die Aburteilung drei Strafkammern gebildet worden, vor welchen die große Zahl der Verhafteten zur Rechenschaft gezogen wird. Die Regierung hat darauf verzichtet, über Berlin den verschärften Verhaftungszustand zu verhängen und außerordentliche Vollgerichte einzusetzen. Die an dem Austritt beteiligten Personen sind also nach den Vorschriften der Strafprozessordnung behandelt und vor die ordentlichen Gerichte gestellt worden. Soweit ihre Straftaten die Zuständigkeit der Strafkammern überschreiten, werden sie von dem Schwurgericht, möglicherweise in einer besonderen Sitzungsperiode, abgeurteilt werden. Von den ursprünglich verhafteten etwa 1000 Personen wurde etwa ein Viertel wieder entlassen, weil man ihnen eine bestimmte Straftat nicht nachweisen konnte. Die übrigen sind je nach der Art der ihnen zur Last gelegten Straftaten: Bildung bewaffneter Haufen, Aufruhr, Landfriedensbruch, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Mordversuch, angeklagt worden.

Entspannung in Bremen.

Polizist Bureau meldet folgendes Ergebnis der am 2. Februar, 3 Uhr morgens, stattgefundenen Verhandlungen zwischen Bremer Volksbeauftragten, Vertretern des Bremer Soldatenrats und der Bremer Mehrheitssozialisten, Vertretern der Division Gerstenberg, Vertretern des Obersten Soldatenrats Groß-Hamburg, des Arbeiter- und Soldatenrats Oldenburg und des Korpsoldatenrats des 9. Armee-Korps unter dem Vorsitz des Genossen Lampf, 1. Vorsitzenden des Obersten Soldatenrats Groß-Hamburg:

Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterkraft Bremens ist bereit, an den Korpsoldatenrat des 9. Armee-Korps alle Waffen und Munition abzuliefern.

Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korpsoldatenrat des 9. Armee-Korps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen.

Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag reiflos erfüllt ist.

Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Dornum nicht ein-

zumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt.

Die Genossen Rulch (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg), Krede (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht.

Genosse Lampf vom Zentralrat und Leutnant von Brühlhoff (letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Lampf-Hamburg; K. Erlinger; J. Drethmann; Krasnikowicz vom Rat der Volksbeauftragten Bremen; Waigand; Schindlbauer und Scheller als Vertreter der Mehrheitssozialisten; Graeger (Arbeiterrat Oldenburg); Rulch (Soldatenrat Groß-Hamburg); Libertin und Frele (Soldatenrat Bremen); Pool (Korpsoldatenrat des 9. Armee-Korps); Behrens (Vandingsabgeordneter Oldenburg); Hauptmann Daner und Leutnant von Brühlhoff (Division Gerstenberg).

Bremen, 2. Februar. Zwischen der Division Gerstenberg und der Regierung von Bremen ist bis Sonntag nacht 12 Uhr Waffenstillstand befristet. Inzwischen werden mit Berlin Verhandlungen gepflogen.

Der Völkerverbund.

Berlin, 2. Februar. (Havasmeldung.) Die Delegierten der Völkerverbände der alliierten Länder haben einstimmig einen gemeinsamen Organisationsentwurf angenommen, der durch Léon Bourgeois, Clemenceau, Lord George, Orlando und Oberst House für Wilson überreicht wurde. Der Entwurf lautet: Die Versammlung fordert die baldige Bildung eines Bundes der freien Völker, die sich vereinigt haben in dem gleichen Abscheu über das Verbrechen, das die Autokratie während vier Jahren über die Welt entsetzte, die entschlossen sind, nicht mehr zu dulden, daß der Krieg von neuem die Menschheit mit seinen Verheerungen bedrohe und die endlich gewillt sind, sich zu verständigen und zu organisieren,

erstens um alle sich etwa unter ihnen ergebenden Streitfälle den Methoden einer friedlichen Regelung zu unterwerfen, zweitens um jeden Versuch irgendeines Staates, durch kriegerisches Vorgehen den Weltfrieden zu stören, zu verhüten oder mit allen Mitteln zu bekämpfen,

drittens um einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, der alle Rechtsfragen zu regeln und die Ausführung der Urteilsprüche durch alle geeigneten internationalen Vorgehens diplomatischer, rechtlicher, wirtschaftlicher oder im Bedarfsfälle militärischer Art zu verbürgen,

viertens um einen internationalen Vertreterrat einzusetzen, der für die Entwicklung der internationalen Gesetzgebung sorgen und in Angelegenheiten von allgemeinem Interesse ein gemeinsames Vorgehen bewirken soll. Der Vertreterrat wird über die Wahrung der Freiheit der Nationen und die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung wachen. Mit der moralischen Vormundschaft der noch nicht zivilisierten Völker beauftragt, wird er die Ausführung und im Notfall die Sühnung der für den Schutz und den Fortschritt dieser Völker erforderlichen internationalen Konventionen bewirken. Ein ständiger Versöhnungsausschuß wird sich mit allen Streitfällen zwischen den assoziierten Nationen befassen und vorerst als Vermittler auftreten, im Bedarfsfälle aber die Streitigkeiten je nach ihrer Natur entweder dem Schiedsgericht oder dem Gerichtshof vorlegen. Er wird mit allen Untersuchungen beauftragt werden und die Fristen und Bedingungen festsetzen, die er für nützlich hält. Im Falle der Weigerung gegenüber einem Schiedsgericht oder seinen eigenen Entscheidungen wird der Ausschuss dem Vertreterrat der assoziierten Nationen die Anwendung der angemessenen Strafmaßnahmen vorschlagen. Diese wäre obligatorisch im Falle einer Gewalttätigkeit oder eines Angriffes,

fünftens um die Rüstungen jeder Nation, und die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition entsprechend den Bedürfnissen des Völkerverbundes zu begrenzen und zu überwachen,

sechstens um sich den Gebrauch von Geheimverträgen zu unterlegen,

siebentens um in den Völkerverbund als Gleichberechtigte alle Völker aufzunehmen, die imstande sind, wirksame Bürgschaften ihrer ehrsüchtigen Absicht zu geben, diese Abmachungen einzuhalten.

Das Chaos im Heereswesen.

Auf dem Gebiete des Heereswesens häuft die Regierung Erlaß auf Erlaß, ohne daß der chaotische Zustand, der hier herrscht, dadurch im geringsten gemildert wird. Im Gegenteil. Jede neue Kundgebung der Regierung steigert das hoffnungslose Durcheinander und verstärkt den Eindruck, daß der Regierung die Fähigkeit und der Wille zu durchgreifender Neugestaltung im Heereswesen fehlt. Und schlimmer noch als die offiziellen Kundgebungen des Rates der Volksbeauftragten sind die Kommentare, mit denen einzelne Mitglieder der Regierung die Erlasse begleiten. Sie kennzeichnen sich als fortgeschrittenes Zurückweichen vor den Ansprüchen der Reaktion im Heere, als drohende Herabsetzung der Soldatenräte.

Am Heereswesen liegen die Trümmer des Zusammenbruchs am dichtesten gehäuft. Hier war der sicherste Hort der alten Reaktion; die Klassenarmee war ihre wichtigste Waffe. Die Durchdringung der deutschen Politik mit dem Geist des Militarismus hat zu jenem Abgrund geführt, in den Deutschland unrettbar versunken wäre, wenn das revolutionäre Proletariat nicht die Kraft gehabt hätte, das Steuer des verfahrenen Schiffes im rechten Augenblick herumzuwerfen.

Man muß sich des unheilvollen Einflusses der Armeekräfte auf die deutsche Politik erinnern, wenn man die Forderungen der Soldatenräte auf radikale Abschaffung der Kommandogewalt der Offiziere verstehen soll. Diese Forderungen sind die politischen Schlüsse, die die Soldaten aus den Erfahrungen und Beobachtungen ziehen, die sie während des Krieges im Heere gemacht haben. Die unbegrenzte Gewalt, die das alte Militärrecht dem Offizier über die Person des Soldaten gab, ging weit hinaus über jene Kommandogewalt, die zur Ausübung des militärischen Dienstes und der für diesen Zweck nötigen Ordnung und Disziplin in der Truppe erforderlich ist. Sie kann wesentliche Einschränkungen erfahren, kann aber ihrer unmoralischen, die Mannschafft entwürdigenden Eigenschaften entkleidet werden, ohne daß der Dienst darunter zu leiden braucht. Die Frage ist weniger eine militärische, als vielmehr eine politische. Auf dieser Kommandogewalt beruht der konterrevolutionäre Geist des Heeres. Sie ist Ausdruck und Mittel der politischen Macht jener Klassen, die in Deutschland alleinigen Anspruch auf die Schlüssel und Klappen hatten. Darum ist auch die Frage der Offiziersabzeichen keine „Schneiderfrage“. Die Abzeichen gelten den Soldaten als politische Symbole, als Ausdruck einer reaktionären politischen Idee. Gerade diese Forderungen zeugen von großer politischer Klarheit der Soldaten: sie wissen, daß jene konterrevolutionäre Idee eine Niederlage erleidet, wenn die Abzeichen verschwinden. Ihre Forderungen und Proteste sind im besten Sinne revolutionär.

Eben darum muß den Rufe und Gähne jedes Verständnisses für sie fehlen. Jener steht in der Frage der Schlüsselstücke eine Schneiderfrage und dieser erklärt die Verordnung über die Kommandogewalt für ein Kompromiß. Der Kuhhandel um Volksrechte — das ist die Revolution, wie die Regierung sie versteht.

Inzwischen gibt man den Offizieren immer neue Methoden und Mittel und damit immer neue Macht in die Hand.

Die Anrufe der verschiedenen Verbände sind noch in vielen Zeitungen zu lesen, der aus den Spartakuslagern so berüchtigte Ruf „In den Waffen!“ tönt der Berliner Bevölkerung noch immer schrecklich in die Ohren.

Wozu diese Werbungen? Es hieß einst, die Truppen seien für den Heimatkrieg Ost bestimmt und hätte nur so nebenbei den Kampf gegen Spartakus geliebt. Der Marschgen Osten dürfte indes unmöglich sein, da die Entente beiden Teilen deutlich genug zu verstehen gegeben hat, daß sie eine Entfremdung bei Konflikte im Osten durch die Waffen nicht wünscht. Die Truppen sollen ja auch noch einer Befreiung Ruffes zunächst in der Nähe von Berlin im Quartier bleiben. Aber die Rüstungen, die unter dem Reich „Heimatkrieg Ost“ begonnen worden sind, steht nun

fort. Neuerdings werden sie sogar unterstützt durch einen vom Generalkommando unterzeichneten Aufruf. Im Schloß Bellevue sitzt ein mit allem Komfort der neueren Kriegführung ausgestattetes Armeekorps von 100 Mann mit zugehöriger Intendantur und einem großen Offizier- und Beamtenstab. Man bereitet Vermessungsarbeiten vor, von denen die eine in Sagan, die andere in Königsberg ihr Domizil aufschlagen soll. So bleibt der Brod der Truppen, die unter den verdächtigsten Begleiterscheinungen durch Aufrufe in allen Blättern der Nation angeworben werden, höchst dunkel und vieldeutig.

Neben den Werbungen finden zwangsmäßige Einstellungen von Mannschaften statt, ohne daß eine öffentliche Bekanntmachung Ausschluß darüber gibt, nach welchen Grundätzen sie erfolgen. Ferner sperrt man Mannschaften ein, die sich angeblich von ihrer Truppe entfernt haben, wie die mildere Umschreibung des Begriffs Desertion lautet. Man scheint vergessen zu haben, daß es manchmal Truppenführer in der ersten Zeit des Kaiserreiches gar nicht möglich war, seine Truppe sicher und gefolgt in die Heimat zu führen, so daß er froh sein mußte, wenn sich die Soldaten selbst halfen. Will man alle diese Soldaten mit Gewalt zu „Deserteuren“ machen?

Somit fehlt auf dem Gebiete des Seerwesens jede Klarheit über den bestehenden Rechtszustand, so daß Zweifel darüber angebracht sind, ob überhaupt von einem Zustand des Rechts die Rede sein kann.

Die Revolution hat alles verfaßt, um in der Armee Ordnung in ihrem Sinne zu schaffen. Eine der ersten Aufgaben der Volksgewaltorgane der Revolution wäre es gewesen, die Soldatenrolle durch ein wohlüberdachtes Wohlregiment, durch eine strenge Ueberwachung der Wachen und durch eine genaue Befehls- und Anweisung ihrer Rechte auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Die gegenwärtige Regierung läßt Verfügung auf Verfügung ohne eine grundsätzliche Stellung zu den Seeresfragen durch organisatorisch aufbauende Handlungen erkennen zu lassen.

Wir sind überzeugt, daß das Ziel der Neugestaltung des Seeres die Volkswehr sein muß. Obwohl wir wissen, daß dieses Problem nicht so leicht zu lösen ist, wie man gemeinhin annimmt, täuschen wir uns doch nicht darüber, daß die Volkswehr nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann. Ist die Regierung der Meinung, daß wir für die Zeit bis zur Bildung einer wohlgeordneten demokratischen Armee eine Wehrmacht nicht entbehren können, so soll sie einen gesetzlichen Zwischenzustand schaffen, der Ordnung gewährleistet und Recht und Pflicht gerecht abspiegelt.

Das System der freiwilligen Werbung lehnen wir grundsätzlich ab, und zwar seiner Systemlosigkeit wegen.

Die Demokratie, der wir zustreben, kann einen höheren Anreiz an Willkürfüllung an den Bürger stellen, als der alte Obrigkeitsstaat. Und die Pflicht zum Seeresdienst sollte in der Demokratie auf alle Fälle bestehen, mit der Pflichterfüllung hier nicht ausbrüsten, mit Recht widerwillig getrogenem und mit Mißtrauen behaftetem Frang erwacht und mit unwürdiger Behandlung, Rechtslosigkeit und schlechtem Essen gelohnt wird. Pflichterfüllung erwacht in der Demokratie auf der Anerkennung der Notwendigkeit aus freier Unterordnung des einzelnen unter den höheren Willen des Ganzen für einen gemeinsamen Zweck. Die Arbeiterklasse kennt diese Willkür und ist seit Jahren in ihren Organisationen.

Die freiwillige Werbung, die in der Hand der Führer der zu lösenden Truppenteile liegt, gestattet schon durch die Art der Werbung politische Strömungen den Eintritt in die Truppe. Die Parole, unter der geworben wird, kann der Demokratie nützlich, wird ihr aber bei dem Gese, der unter den werdenden Offizieren herrscht, meist schädlich sein. Die freiwillige Werbung gibt mit dem freien Willen zum Eintritt in die Truppe auch dem freien Willen des werdenden Mann, die Rekruten nach seinem Besten auszuwählen. So wissen wir, daß in den letzten Wochen von den Führern der in Berlin zusammengestellten Verbände Berliner Rekruten nicht gerade bevorzugt worden sind, um es gelinde zu sagen. Es ist zu erwarten, daß der Truppenführer den größten Nutzen hat, der den jungen Leuten die größte Lust auf Beute und Abenteuer gewährt, nicht der, der auf Manneskraft und Willenshaftigkeit im Dient hält.

Wir sind der Auffassung, daß wir für die gegenwärtige Zeit eine genügend große Truppenmacht erhalten, wenn wir einen Vorrat von Rekruten bei der Hand halten, bzw. neu ausheben. Man muß erst einen Vorrat an stellen die Hälfte der Rekruten ein. Nach sechsmonatlichem Seeresdienst können sie entlassen werden, um der zweiten Hälfte Platz zu machen. Wir haben dann eine kleine stehende Armee mit einer sechsmonatlichen Dienstzeit. Eine Ausbildungszeit von einem halben Jahre genügt nach den Erfahrungen des Krieges vollkommen, um die Rekruten zu fertigen Soldaten auszubilden. Ein Gesetz dieser Art könnte ferner die Bestimmungen enthalten, daß die nach einem halben Jahr entlassenen Rekruten der Seeresleistung im ersten halben Jahr nach ihrer Entlassung zur sofortigen Verfügung stehen müssen. Um die Ausbildung von Reservisten brauchen wir uns nicht zu bemühen, da alle Wehrfähigen durch den Seeresdienst mehr als „ausgebildet“ sind.

Überdies könnte die Arbeiterklasse einem solchen Gesetz ihre Zustimmung nur unter gewissen Bedingungen geben. Zunächst müßte feststehen, daß die Einführung einer solchen Armee nur als Provisorium gilt, daß so gestaltet sein soll, daß es ein in die Volkswehr überführt. Nach der Organisation der Volkswehr wäre das Gesetz außer Kraft zu setzen. Ferner ist zu fordern, daß das Gesetz mit den nötigen demokratischen Garantien gegen politische und persönliche Uebergriffe der Offiziere, deren Mißbrauch man nicht wird entbehren können, und gegen den Mißbrauch der Armee für einzelne politische und Klasseninteressen versehen wird. Die gesetzliche Fundierung der Rechte der Soldatenräte ist bei dieser Gelegenheit nachzuholen. Neben den Soldatenräten sind nach dem Muster der neuen österreichischen Volkswehr Disziplinarausschüsse einzuführen, auf die die Disziplinarstrafgewalt der Offiziere überträgt. Die Wahl dieser Ausschüsse erfolgt wie die Wahl der Soldatenräte durch die Mannschaften. Das Militärrecht ist sofort einer gründlichen Revision zu unterziehen. Die Verwaltung des Gutes der Truppe an Uniformen, Proviant und Geld muß in den Händen der Soldatenräte liegen.

Eine solche Truppe bietet die Gewähr für ein rücksichtsloses Eingreifen, wenn es sich um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit handelt, und ist keine Gefahr für die aufkommende Freiheit. Ein solches Gesetz, dessen

Rahmen wir hier nur flüchtig skizzieren können, nicht die Grenzen, unter denen der Bürger zum Seeresdienst verpflichtet ist, bis die Volkswehr auf breiter Grundlage ein System der Landesverteidigung schafft.

Richard Müller durch einen Offizier verhaftet.

Am Sonntag, den 2. Februar, vormittags sieben Uhr, erschien vor der Wohnung des Vorsitzenden des Volksgewaltsrats, Genossen Richard Müller, ein Offizier und verlangte Einlaß, um mit dem Genossen Müller zu sprechen. Auf die Frage, was er in so früher Stunde wolle, erklärte der Offizier, er sei Jörnson aus dem Abgeordnetenhaus und müsse dringend mit dem Vorsitzenden des Volksgewaltsrats sprechen. Die Frau des Genossen Müller erklärte ihm, ihr Mann habe bis vier Uhr morgens gearbeitet, sie werde ihn jetzt noch schlafen lassen und er möge um zehn Uhr wiederkommen. Nach einigem Zögern, entfernte sich der Offizier mit dem Bemerkten, er werde wiederkommen. Eine halbe Stunde später erschienen zwei Soldaten und erklärten, sie wären beauftragt, Herrn Müller zu verhaften und nach dem Wachtlokal zu bringen. Genosse Müller fragte nach dem Haftbefehl und in wessen Auftrag sie handelten. Die beiden Soldaten erklärten, daß sie keinen schriftlichen Haftbefehl in Händen haben, der Haftbefehl sei mündlich von einem Offizier erteilt worden, der angegeben habe, im Auftrage der Regierung den Vorsitzenden des Volksgewaltsrats zu verhaften, da derselbe seine Amtsbefugnisse überschritten habe.

Genosse Müller hielt den beiden Soldaten das Angefällige ihres Verhaltens vor — die beiden waren sich dessen auch bewußt — und erklärten, sie würden, falls er sich weigere, wieder fortgehen, aber das Haus sei besetzt und wenn er herauskäme, würde er sicher von anderen Soldaten verhaftet werden und dem wollten sie vorbeugen; jedenfalls sei er unter ihrem Schutze sicherer als in den Händen der draußensitzenden Soldaten. Wie sich später herausstellte, hatten die draußensitzenden Soldaten von dem Offizier 20 Mark für die Verhaftung erhalten.

Genosse Müller erklärte sich bereit, sofort mitzugehen, um einmal festzustellen, welcher Offizier seine Verhaftung angeordnet habe. Auf der Wache stellte sich folgendes heraus:

Der Offizier, der um sieben Uhr bei dem Genossen Müller Einlaß verlangt hatte, hatte sich nach der Polizeiwache begeben und dort die Verhaftung gefordert. Er wurde mit seiner Forderung abgewiesen. Darauf begab er sich nach dem Wachtlokal des Sicherheitsdienstes und verlangte von dem Wachthabenden Oberst die Verhaftung des Genossen Müller. Gleichzeitig übergab er dem Sicherheitsdienst 20 Mark, damit die Verhaftung auch richtig durchgeführt werde. Man solle Müller ins Polizeigewahrsam nehmen, er dürfe nicht wieder freigelassen werden, er, der Offizier, wolle schnell nach Moabit fahren, werde aber bald zurückkommen und den Verhafteten selbst abholen.

Der Wachthabende führte den Befehl aus, ohne die Personalien des Offiziers festzustellen. Genosse Müller legte sich sofort mit den beiden Vorsitzenden des Arbeiterrates Tempelhof in Verbindung, die die sofortige Freilassung anordneten.

Dank dem Eingreifen des Arbeiterrates ist also diesmal der Angriff gegen den Genossen Müller vereitelt worden. Der Vorgang selbst aber zeigt wieder einmal die unheilbaren Zustände, die der Oberbefehlshaber Noske in Berlin geschaffen hat. Jeder Offizier ist imstande, auch ohne richterlichen Haftbefehl Verhaftungen vorzunehmen zu lassen. Durch reichliche Bestechungsgelder werden Mannschaften korumpiert und zu Werkzeugen der Säbelkatur herabgewürdigt. Die Zivilbevölkerung steht dieser Diktatur und Korruption macht- und wehrlos gegenüber.

Besondere Bedeutung gewinnt die Verhaftung des Genossen Müller durch die ihr vorangegangene Hebe gegen die Arbeiter- und Soldatenräte. Es tritt mit jedem Tage immer deutlicher hervor, daß die A- und S-Räte der Regierung ein Dorn im Auge sind und schleunigst beseitigt werden sollen. Die Reptile der Regierung erlauben sich der Räten gegenüber — „diesen Leuten“, wie die Politisch-Parlamentarischen Redner sie nannten — eine Sprache, die bisher nicht einmal von der exzessiven Presse gewagt wurde. Was Wunder, daß in einer solchen vergifteten Atmosphäre bei einem der mit diktatorischer Gewalt ausgerüsteten Offiziere der Plan reifen konnte, den Vorsitzenden des Berliner Volksgewaltsrats verhaften zu lassen, um ihn dann „selbst abzuholen“. Es heißt nun, die Augen offen zu halten, doppelt auf der Hut zu sein, um den heimtückischen Angriffen gegen die A- und S-Räte einen Damm entgegenzusetzen.

Wieder ein Admiral als Mörder!

Wie gegen Admiral v. Schröder, erhebt nunmehr der Zentralrat der Marine auch gegen den früheren Kommandeur der 2. Matrosen-Division Admiral Jasper Anklage und hat bei der Regierung die sofortige Verhaftung des in Baden-Baden weilenden Admirals verlangt. Admiral Jasper wird beschuldigt, am 17. Oktober 1918 in Maldeghem in Belgien den Unteroffizier Reubert erschossen zu haben, weil der Unteroffizier den Admiral nicht gegrüßt hat. In dem Schreiben des Zentralrates der Marine an die Regierung heißt es:

„Laut Meldung des Matrosen Brigades, 2. Matrosen-Regiment, Sonder-Pat. I A, hat sich am 17. Oktober 1918 folgender Vorfall abgespielt:

Admiral Jasper, Kommandeur der II. Matrosen-Division in Flandern, hat auf dem Marktplatz in Maldeghem den Unteroffizier Reubert mit seinem Revolver erschossen, weil Reubert der Admiral nicht gegrüßt hat. Die Frau des Reubert liegt geisteskrank in einem Irrenhaus und die vier unmündigen Kinder befinden sich in einem Waisenhaus. Gegen Admiral Jasper ist bisher weder strafrechtlich noch zivilrechtlich eingeschritten worden. Nach Mitteilung des Hauptmanns Gerschlo im Reichsmarineamt beruht der Vorfall tatsächlich auf Wahrheit. Hauptmann Gerschlo sagt weiter aus, daß Admiral Jasper den Reubert angehalten habe, weil dieser ihn nicht vorchriftsmäßig gegrüßt habe. Ein anderer Matrose sei noch hinzugekommen, und schließlich habe Admiral Jasper den Reubert, als dieser wegging und auf Ruf nicht stehen blieb, von hinten erschossen.

Die in Frage kommende Geheime Registratur im Reichsmarineamt, die um Ausbändigung der Vorgänge und der Todesermittlung ersucht wurde, teilt mit, daß die gewünschten Vorgänge noch nicht eingegangen sind, und berichtet außerdem: Admiral Jasper sei überhaupt tot. — Dies jeden-

falls, um die Angelegenheit vollständig zu können. — Im Hotel befindet sich Admiral Jasper gut zur in Baden-Baden.

Der Zentralrat der Marine ersucht den Regierungsbeauftragten bei der Volkregierung die sofortige Strafverfolgung und Verhaftung des Admirals Jasper erwirken zu lassen.

Der Zentralrat der Marine.

Wie hierzu eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet wartete der erschossene Unteroffizier Reubert in Maldeghem, wie festgesetzt worden ist, auf seinen Bruder, der dort mit einem Krankentransport ankommen sollte. Nach den Aussagen dabei stehender Offiziere und Mannschaften hat den Admiral nicht gesehen.

Wie dieser Fall im einzelnen auch liegen möge, wir unterstützen mit aller Kraft die Forderung des Zentralrats der Marine nach sofortiger Verhaftung des Admirals, dem ein Menschenleben wehrt zu gelten scheint. Weder, auch wenn sie in den höchsten Kreisen des jetzt wieder allmächtigen Militarismus liegen, dürfen ihrer Bestrafung nicht entgehen.

Die Kaiser-Geburtsstagsfeier im Hauptquartier.

Wir brachten am 28. Januar die Mitteilung über eine Kaisergeburtstagsfeier im Hauptquartier in Anwesenheit Hindenburgs und Groeners. Darauf ein obligatorischer Entlassungsbaum in der bürgerlichen Presse. Die offiziöse „Deutsche Illg. Ztg.“ erklärte, es sei keine Geburtstagsfeier für den Kaiser gewesen, sondern eine Abschiedsfeier für einige Offiziere. Nun bringt die „Kasseler Illg. Ztg.“, nachdem sie erneut über unsere Verworfenheit geschimpft, eine Mitteilung, wonach Hindenburg zwar nicht in der Nacht vom 26. zum 27. Januar, sondern am 27. Januar mittags folgende Rede für den Kaiser gehalten hat:

„Für seine und unsere Eigenschaften, die dem Soldaten besonders verlässlich sind, würden es selbst Anderdenkende erachten, wenn wir uns scheuen wollten, offen zu bekennen, daß wir heute in Liebe, Dankbarkeit und Ehrfurcht, aber auch in tiefem Schmerz des Kaisers gedenken, dem bisher unser ganzes Sein und Tun gegolten hat und für den wir alle zeit bereit waren, Leib und Leben zum Preise des teuren Vaterlandes einzusetzen.

Gott segne ihn und verleihe ihm Kraft, das Schwere zu tragen, das sein unerforschlicher Wille ihm auferlegt hat. In diesem innigen, aus freiem Herzen kommenden Wunsche wollen wir still unsere Gläser leeren.“

Es hat also doch, wie hiermit bestätigt wird, im Hauptquartier eine Kaisergeburtstagsfeier stattgefunden, bei der Hindenburg eine von Ergebenheit tiefende Rede für den Kaiser gehalten hat.

Noch ein lägerisches Dementi.

Berlin, 2. Februar. Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer unter der besonders großen und fettgedruckten Überschrift: „Arbeitslose als Kanonensutter“ eine Sensationsnachricht, an die das Blatt, wie es heuchelnd zugibt, selbst nicht zu glauben vermag. Es wird da behauptet, daß nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag“ die Reichsregierung beabsichtige, Arbeitslosen das Recht auf Unterbringung nur dann zuzugestehen, wenn diese zuvor sich für den blühenden Grenzschutz zur Verfügung gestellt haben, in die betreffenden Formationen aber nicht eingereiht werden könnten. Es bedarf keines Hinweises, daß an dieser unsinnigen Taxotennochricht kein wahres Wort ist. Die „Freiheit“ selbst nimmt denn auch ohne weiteres einseitig an, daß dieser ungeheuerliche Plan bisher nur die Absichten der reaktionären Kreise widerspiegelt, die die Regierung auf der abschüssigen Bahn weiterzutreiben suchen. Obgleich also die „Freiheit“ das Unsinnsige der ganzen Angelegenheit vollkommen erfaßt, ist sie doch so gabelig, Alarm zu blasen und alles daran zu setzen, um bei unheilvollen Lesern den Glauben zu erwecken, es sei ernsthaft beabsichtigt, Arbeitslose als Kanonensutter zu mißbrauchen. Gegenüber einer derartigen verbrecherischen und im übrigen sehr durchsichtigen Taktik fehlt der anständigen Politik jegliches Hüwehmittel. Man kann nur hoffen, daß sich in Wäldern das deutsche Volk von diesen Presseplakaten mit Ekel abwendet.

Unsere Brandmarkung hat, wie die vorstehende Schimpfwortel der Regierung zeigt, ins Schwarze getroffen. Wir hatten die Nachricht der „B. Z. am Mittag“ entnommen, hier hatte sie die so dementiereifige Regierung nicht abgestritten. Wir mußten deshalb die Öffentlichkeit zum Protest gegen eine derartige unerhörte Absicht anrufen. Wie notwendig das ist, zeigt ja das Verhalten der Regierung zu der Entziehung der Lebensmittelkarten für Arbeitslose. Auch hier hat erst der Protest der Öffentlichkeit die Regierung veranlaßt, von diesem Plan Abstand zu nehmen. Aber sie geht ja in ihrer Augenhaftigkeit so weit, diese Absicht abzustreifen, obwohl ihr Entwurf dokumentarisch vorliegt und bereits veröffentlicht worden ist!

Wie es im Reichstag zugeht.

Von einem früheren Reichstagsabgeordneten mit uns geschrieben: Die von den Reichstagsabgeordneten Baumeier und Kuttner gebildete und selbstherrlich im Reichstag unterbrochene freiwillige Schutztruppe der Regierung Ober-Schweidemann hat dort geklaut wie die Vandalen. In der angeblichen „Ordnungstruppe“, die für die „Sicherheit des Eigentums“ da sein soll, scheitern über „Mein und Dein“ wie über „Ordnung“ sehr primitive Begriffe zu herrschen. Der Reichstag sieht aus wie ein Stall. Die Teppiche sind betrocknet, die Luft ist ungesund, die Schränke der Abgeordneten sind mit „Kloa“ ausgetrieben und betrocknet. Ueberall sieht man die Spuren der Selbstverweh und der Wehrlosigkeit. Pflanzungen sind eingeschlagen, Mahnhölzer durchbohrt und zerstückelt, Schüsseln abgeschraubt und gelassen. Der Inhalt der Schränke ist nach Wertigkeiten durchwühlt. Einem Zentrumsabgeordneten sind für 500 M. Zigaretten gestohlen, einem Fortschrittler sind nicht weniger mehrere Zigarettenkisten und außerdem wertvolle Wäschstücke von den „Ordnungstruppen“ entwendet. Wer die volle Wahrheit erfahren will, der soll sich in die Reihen der „Ordnungstruppe“ einschleichen und in die Ställe schauen, teils völlig verjaudeten. In der Handbibliothek sind ganze Werke einfach weggeschleppt und verstreut. Duspender von Lederstühlen und Stühlen sind sowohl auf den Eben wie an den Klüden neben den Leuchtbügel heruntergeschmissen worden. Im Refektorium wie im Restaurationsraum sieht es nicht anders aus, aus dem Restaurationsraum sind die Weinflaschen gestohlen und von dort be-

Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin.

Unsere Aufgaben in der Gemeinde.

Die am Mittwoch abgedrohte Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim fand am Sonntag ihre Fortsetzung. Zunächst wurde fast einstimmig dem Beschluß Groß-Berlins beigetreten, für drei Monate einen Extrabeitrag von 50 Pfennig zu erheben. Dann erhielt Leib das Wort zu einem Referat über: Unsere Aufgaben in der Gemeinde.

Er führte aus: Unsere Aufgaben sind wesentlich praktische. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß wir in einer Anzahl Gemeinden die Mehrheit erhalten. Daraus erwachsen uns große Verpflichtungen. Wir übernehmen die Herrschaft in einem Augenblick, wo viele Kommen unmittlbar vor dem Bankrott stehen. Aber auch der Umstand wird uns sehr beeinträchtigen, daß wir in der Gemeinde sozialistisch wirtschaften sollen, obgleich einkam die kapitalistische Wirtschaft besteht.

Wie weit können wir Kommunalsozialismus treiben? Industrielle Betriebe lokal sozialisieren zu wollen, geht nicht an. Dagegen werden wir die Lebensmittelversorgung nicht aus der Hand geben dürfen. Daneben muß im Rahmen des Möglichen Eigenproduktion einhergehen. Ein Hand-in-Hand-Gehen mit den Konsumentenorganisationen wird diesem Streben nur förderlich sein.

Weiter haben wir auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine große Wirkungsmöglichkeit. Dazu ist eine beträchtliche Landesgesetzgebung und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden Voraussetzung. Wenden wir uns auf das Verkehrs- und Bildungswesen, dann erhebt sich noch mehr, wie notwendig eine grundlegende Umbildung der staatlichen Gesetzgebung ist. Das Steuerwesen muß gleichfalls eine großzügige Reform von Reich wegen erfahren. Den Gemeinden müssen besondere Einnahmequellen offengehalten werden. Solange die Dinge in der Schwere bleiben, sind wir gezwungen, auf der alten gesetzlichen Grundlage zu arbeiten. Das würde unsere Tätigkeit schwer hemmen. Deshalb kommen wir ohne weitgehende Vollmachten für die Zukunft nicht aus. Darum muß den Gemeinden in einem Rahmengesetz das Enteignungsrecht und das Recht, die zu enteignenden Objekte zu dem wirklichen Werte zu übernehmen, gegeben werden.

Ferner muß mit der kommunalen Zersplitterung ausgeräumt werden. Erst dadurch sind gewisse großzügige Aufgaben zu verwirklichen. Diese Schwierigkeiten werden uns erheben aus den Forderungen der Gemeindeglieder und -beamten. Hier die rechte Grenze zwischen deren berechtigten Interessen und jenen der Steuerzahler zu finden, wird nicht leicht sein. Und so liegen noch eine große Anzahl von Problemen vor, an denen eine sozialistische Mehrheit nicht vorübergehen kann. Wenn sie auch keine restlose Lösung in sozialistischem Sinne unter den obwaltenden Umständen finden können, so werden wir doch wertvolle Vorarbeit dazu verrichten. Deftiger Beifall lohnte die instruktiven Ausführungen.

In der Debatte führte Brühl aus: Es würde verfehlt sein, wollten wir der Schwereisfreiheit mittels schwindlicher Kompromisse behaupten versuchen. Hierin müssen wir uns von den Mehrheitslern streng unterscheiden. In dieser Hinsicht können wir auch von den vielversprechenden russischen Arbeiterbewegungen lernen. Ebenso ist es auf dem Gebiete der Rohungsmittelversorgung von Genossen Anfecht in Belgien schon vor dem Siege ein beachtenswertes Vorbild geschaffen. Wir stehen vor der Möglichkeit, ein gutes Stück in der Verwirklichung des Sozialismus vorwärts zu kommen. Seien wir also nicht zaghaft, sondern zeigen wir, was wir können.

Älter, Karlhoff verlangt, mit voller Klarheit und Wahrheit an unsere Wähler heranzutreten, damit sie auch erkennen, daß die Bankrottmöglichkeit der bisher bürgerlichen Mehrheiten es ist, die uns in unserer Wirksamkeit auf lange Zeit hemmen würde. Eine entsprechende Literatur über alle einschlägigen Fragen muß herausgegeben werden. Er wendete sich zum Schluß mit aller Entschiedenheit gegen die Verbindung der Listen.

Diege-Niederhöndhausen weist an einem bemerkenswerten Beispiel nach, wie von den Bürgerlichen vorgegangen wird, um für den Fall einer kommunalen sozialistischen Mehrheit die Gemeindepolitik feitzulegen. Man hat in einer Sitzung eine beträchtliche Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen.

Die weitere Debatte drehte sich fast ausschließlich um die Frage der verbundenen Listen. Genossin Arndt brachte die Frage zur Sprache, welche Stellung den Arbeiterkäten in der Kommune anzuweisen ist. Sie ganz abzuweisen oder sie auf die Betriebe zu beschränken, geht keineswegs an, da die in den Gemeinden zu behandelnden Fragen vielfach mit den Betriebsfragen verflochten sind.

Die Abstimmung über die Frage der verbundenen Listen ergab 78 Stimmen dafür, 91 dagegen. Es wurde ferner beschlossen, über die Fragen der Kommunalpolitik einen Vortragskursus einzurichten.

Der bürgerliche Block gegen die Sozialdemokratie.

In den Stadtverordnetenversammlungen in Groß-Berlin herrsche bisher, dank des Dreiklassenwahlrechts, das Bürgerium. Während die Wahlen zur Nationalversammlung nach dem Willen des Bürgeriums gar nicht so früh genug hätten stattfinden können, scheitern dieselben heute sehr darüber, daß die preussische Regierung durch Verordnung das allgemeine und gleiche Wahlrecht für die Gemeinden eingeführt und bestimmt hat, daß die Wahlen bis zum 1. März stattfinden müssen. Da ihre Herrschaft des unbegründeten Vorrechts in Gefahr ist, bezeichnen sie die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen als eine „Vergewaltigung des Bürgeriums“. Vergewaltigung ist eben nach ihrer Meinung alles, was nicht ihre Interessen und die des Bürgeriums

den soll. Wenn die Arbeiter sich nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit einstellen, werden sie für die Dauer von sechs Wochen ausgeschlossen werden.

Die Verstaatlichung in England.

Amsterd., 1. Februar. Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News meldet, die britische Regierung habe die Verstaatlichung der Eisenbahnen vorläufig aufgeschoben und werde sich mit der Staatskonkurrenz zufriedengeben. Die Frage der Verstaatlichung der Kohlenwerke werde nicht aufgenommen werden.

sich unangefasst ist. Dieser hat in den Gemeinden eine kleine bevorrechtete Minderheit demokratisch, ihre Vormacht zu befestigen, ist die Aufgabe des bürgerlichen Wahlrechts.

Da das Bürgerium weiß, daß bei der demokratischen Wahl in diesen Groß-Berliner Gemeinden die Entscheidung gegen seine Herrschaft ausfallen wird, so sucht es mit aller Macht der Öffentlichkeit angelegliche Gefahren der sozialistischen Mehrheit in den Gemeinden vorzugucken. Vor allem aber sucht das Bürgerium die nichtsozialistischen Parteien für ein geschlossenes Vorgehen bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie zu bestimmen.

Diesem Zweck dient die vom Bürgerium von Groß-Berlin am Sonntag einberufene Versammlung in der Singakademie. Der Präsident des Reichsbürgerrates, Dr. Bessel-Berlin, bezeichnet die Verordnung der provisorischen Regierung über die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen als eine Vergewaltigung des Bürgeriums. Die Entwicklung Berlins befände sich augenblicklich gerade in einem Uebergangsstadium, insofern, als die Schaffung eines neuen Zweckverbandes Groß-Berlins vor der Hand liege. Eine weitere Gefahr drohe Berlin, wie auch den übrigen Großstädten durch den Zustrom der Arbeitslosen. Damit drohe die Gefahr, daß die Boden, Rändige Bevölkerung, die mit der Entwicklung des Gemeindefens eng verknüpft sei, von denjenigen, die nur ihre Arbeit ihr Beruf vorübergehend nach hier geführt habe, zurückgedrängt werden. Die Regierung habe kein Recht zum Erlaß der Verordnung über die Neuwahlen gehabt, sie habe ihr Gewalt zu einem Pauckrecht mißbraucht. Aber auch verschiedene soziale Bedenken machte der Redner geltend. Vor allem die Uebertragung des kommunalen Wahlrechts an Kinderjährige, die nach dem Gesetz nicht einmal über eigenes Vermögen bestimmen dürfen, nun aber über die Verwendung fremder Vermögen mit entscheiden sollen. Für die Großstadt ergebe sich die Gefahr, daß durch das Ueberwiegen des Radikalismus eine schädliche Einseitigkeit in der städtischen Verwaltung Platz greifen werde, daß die Kommunalverwaltungen zu Schindlaken des Sozialismus herabfallen würden. Als die Forderung der Stunde bezeichnete Dr. Bessel die Befreiung des kommunalen Lebens von dem reinen politischen Parteikampf und die Schaffung einer neuen Partei, der bürgerlichen Partei der „Ordnungsmänner“, zu der sich alle bürgerlichen politischen Parteien zusammenschließen müßten.

Dr. Reichhaus legte dann den Standpunkt der Christlichen Volkspartei dar. Der geschlossenen bestehenden Sozialdemokratie müsse auch das bisher gesplitterte Bürgerium geschlossen gegenüberstehen, es müsse eine Form für ein gemeinsames Vorgehen des Bürgeriums bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen gefunden werden. Ohne eine große bürgerliche Kommunalpolitik werde das Bürgerium in der roten Luft untergehen. In Steglitz haben sich die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der demokratischen bereits zu einem Dargebiet zusammengeschlossen. Für die Deutschnationalen Volkspartei entwickelte Direktor Walther deren Programm für die Kommunalwahlen. Die Groß-Berliner Organisation habe beschlossen, wiederum ihre Liste mit der des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu verbinden. Die Gründung einer großbürgerlichen Partei wäre nur zu begrüßen, eine Annäherung der Verödung zwischen Bürgerium und Sozialdemokratie erscheine wünschenswert und würde zweifellos viele Elemente der Sozialdemokratie, die mit der bisherigen Wirtschaft unzufrieden seien, zum Bürgerium hinüberziehen. Stadtverordneter Nathan, der der Demokratischen Partei angehört, aber nicht im Auftrage der Partei sprechen zu können erwidert, hielt die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Bürgerium und Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen für völlig verfehlt und unheilvoll für die Entwicklung Berlins. Diese Taktik sei besonders dann falsch, wenn man sozialistische Elemente zum Bürgerium hinüberziehen wolle. Eine Verschärfung der Kluft zwischen Bürgerium und Sozialdemokratie sei besonders unangebracht mit Rücksicht darauf, daß in Zukunft eine sozialdemokratische Mehrheit im Berliner Stadtparlament sitzen werde, denn dann gelte es für die bürgerlichen Parteien, gemeinsam mit den gemäßigten, vernünftigen Sozialdemokraten dafür zu sorgen, daß das Wirtschaftliche Berlins vor übereilten Sozialisierungsexperimenten bewahrt bleibe. Deshalb erachte es die Demokratische Partei als ihre Aufgabe, nicht diese Kluft zu verschärfen, sondern die Brücken sowohl nach links wie nach rechts zu bauen.

Nach weiterer Aussprache nahm die Versammlung gegen 8 Stimmen eine Entschließung an, in der entschieden Einspruch gegen die überstürzte Ansetzung von Neuwahlen für die Stadtverordneten und gegen die geschwindige, ohne Mitwirkung der zuständigen Volksvertretung erfolgte Abänderung der für die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen grundlegenden Bestimmungen erhoben wird. Von der preussischen Nationalversammlung wird eine eingehende, den berechtigten Interessen des Bürgeriums gerecht werdende Nachprüfung der gewaltsam durchgeführten Verordnung gefordert und von den bürgerlichen Parteien ein einmütiges Zusammengehen zur möglichst weitgehenden Sicherung der wirtschaftlichen und steuerlichen Interessen des Bürgeriums gegen seine einseitige Verletzung verlangt.

Wenn auch die Entschließung über die Schaffung eines bürgerlichen Blocks gegen die Sozialdemokratie noch nicht gefaßt ist, so ist doch kein Zweifel, daß das Bürgerium alles daran setzen wird, seinen Einfluß in den Stadtverordnetenversammlungen möglichst groß zu gestalten. Demgegenüber muß von unserer Seite alles geschehen, um überall sozialistische Mehrheiten durchzuführen. Davon wird es abhängen, ob die Gemeinden ihre großen Aufgaben werden erfüllen können.

Der Walfundentag in Amerika.

New York, 1. Februar. (Reuter.) Die Zeitung der Textilarbeitergewerkschaft hat ihre Mitglieder, deren Zahl annähernd eine Million beträgt, angewiesen, Montag ungeachtet des Walfundentags der Arbeitgeber den Achtundzestag einzuführen.

Boston, 1. Februar. (Reuter.) Infolge der allgemeinen Annahme der von den Textilarbeitern Neu-Englands geforderten 4-tägigen Arbeitswoche durch die Arbeitgeber hat sich die erste Woge in der Arbeiterkassette gebildet. Über eine Million Arbeiter hatten gedroht, am 1. Februar zu streiken.

in neuen Mannschaften dann überall in den Räumen herumgewandert werden. Von Disziplin, Saub und Ordnung keine Spur, ein jämmerliche Geruch hat in wenigen Wochen aus dem Hause, das im Trübel der ersten Revolutionen ohne nennenswerte Beschädigungen geblieben war, eine Stätte barbarischer Verwüstung gemacht. Und das alles im Zeichen der „Ordnung“.

Die Verantwortung für diesen Verfall hat auf die Köcher der Mehrheitspartei, die diese ca. 8000 Mann zählende Truppe angeworben haben für 10 Mark pro Tag. Ob diese Gelder wohl aus der Parteikasse gezahlt sind oder aus den Geldschränken der kapitalistischen Zimmermänner des Baumeister und Kuttner? Oder aber sind sie gar aus der Reichskasse — entnommen worden? Wer trägt weiter die Kosten für die Verpflegung im Reichskassengebäude? Fürwahr: die Ober-Schleibmann-Kasse haben ein Schandregiment errichtet, das zehnmal schlimmer ist als das der früheren Reichshäuser.

Ein internationales Arbeiterschuttsprogramm.

In den Forderungen des Klassenbewußten Proletariats hat von jeher die Förderung der internationalen Regelung des Arbeiterschutts wie des gesamten Arbeiterschutts gehört. Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Paris im Jahre 1889 ist diese Forderung in programmatische Form gefaßt worden. Seitdem haben alljährlich am 1. Mai die Arbeiter aller Länder für diese Forderungen ihre Stimme erhoben. So ist der Weltfrieden diesen Forderungen ein Ende siehe, so rufen sie jetzt die Ausföhrer, daß der kommende Weltfrieden die Arbeiterschaft der Verwirklichung ihres Programmes etwas näher bringt. Aus der Zerrüttung des Wirtschaftslebens weist nur der Sozialismus den Ausweg. Die Revolution in Rußland und Deutschland, die tiefsehende Wägung in der Arbeiterschaft Englands, Amerikas, Frankreichs und Italiens hat die sozialen Forderungen der Arbeiter in das Zentrum ihrer Bestrebungen gerückt.

Die deutsche Regierung hat jetzt ein internationales Arbeiterschuttsprogramm ausgearbeitet, das sie der Friedenskonferenz vorzulegen gedenkt. Es enthält in sieben Abschnitten Bestimmungen über Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter, Arbeitsvermittlung, Sozialversicherung, Arbeiterschutz, Arbeitsaufsicht und internationale Einrichtungen. Als von besonderer Bedeutung heben wir hervor die Forderung der grundsätzlichen Gleichstellung der ausländischen Arbeiter sowie die Forderung nach Zwangsversicherung. Die Arbeitsdauer soll 8 Stunden nicht überschreiten. Es soll eine mindestens 24-stündige Ruhepause gewährt werden.

Sowohl auf der Friedenskonferenz, wie auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern wird es die Aufgabe der Sozialisten sein, für dieses Programm einzutreten. Die sehr Unterföhrung aber findet das Programm aber in der Entschiedenheit der Arbeiter aller Länder, auf ihre Regierungen einzuwirken, daß sie diesem sozialen Programm zustimmen.

Die internationalisierte Gewerkschaftskonferenz 3.

Paris, 2. Februar. (Dabos.) Auf der Versammlung der internationalen Gewerkschaftskonferenz erklärten die amerikanischen und belgischen Vertreter, sie würden nicht nach Bern gehen, sondern in Paris bleiben. Die Zeit sei nötig, um die internationalisierte Konferenz vorzubereiten, aber sie würden mit den Deutschen erst nach dem Frieden verhandeln. Auf alle Fälle würden sie es durchsetzen, daß in dem Friedensvertrage Bedingungen eingeschaltet werden, die den Interessen der Arbeiter aller Länder entsprechen. Jouhaug erklärte, es sei unmöglich, die internationalisierte Konferenz in Paris zustande zu bringen vor der Konferenz in Bern. Er fügte hinzu, nach der Niederlage der Zentralmächte oder nach der Revolution ihrer Völker sollten die amerikanischen Vertreter einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beizutreten, die sie einst als Vorbild der Friedenskonferenz gepriesen hätten. Da die Wagna Charla der Arbeit durch das ganze Proletariat aufgestellt werden müsse, Jouhaug bedauerte die Weigerung der Amerikaner und Belgier und erklärte, der allgemeine französische Arbeiterbund werde zur Konferenz nach Bern gehen.

Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 1. Februar. Wie die Waffensituationskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Allierten am 31. Januar in Spa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene finanzielle Art von der deutschen Regierung verlangt werden. Ferner soll berichtet werden, welche gesetzliche Maßnahmen die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsbankgänger an Depositen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu requirieren. Daran anschließend soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Zuföhr vorrätig sind der Billigung der Allierten Regierungen bereitstehen. Die Note betonte, daß alle technischen Aufstellungen über diese Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen könnten.

Es ist das erste Mal, daß die Allierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie von einer deutschen Ausfuhr sprechen.

Die Bestattung des Genossen Dr. Franz Mehring.

erfolgt am Dienstag auf dem Friedhof in Steglitz, Bergstraße. Die Trauerfeier findet um 12 Uhr im großen Saale des Schlossparks in Steglitz, Schlossstraße 48, statt, wozu Karten in sehr beschränkter Zahl durch die Bezirksführer der A. B. D. ausgegeben werden.

Die Aufstellung des Trauerzuges geschieht in der Straße Unter den Eichen in Widderstraße und zwar in nachstehender Reihenfolge: Franzosenkollonade, Mitgliedervereinigung der Kommunistischen Partei, Roter Soldatenbund, Jugend, Arbeiter der Betriebe. Der Abmarsch erfolgt um 1 Uhr durch die Straße, Albrecht-, Bismarck- und Bergstraße.

Die Streiks in England.

Amsterd., 1. Februar. (RU.) Aus Belfast wird berichtet: Die Arbeitgeber haben den ausländischen Werftarbeitern mitgeteilt, daß die Arbeit auf den Werften heute auf der Grundlage der 17-tägigen Arbeitswoche wieder aufgenommen werden soll.

Groß-Berlin.

Die Berliner Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

Der Wahlkommissar des Berliner Wahlkreises 3 veröffentlicht das Ergebnis der Wahlen zur preussischen Nationalversammlung. Es sind abgegeben: Auf Liste Dirsch (Mehrheitsliste) 343 475 Stimmen und somit 8 Sitze entfallen auf: Dirsch, Hanna, Lüdemann, Brunner, Fischer, Gesser, Heinemann, Günow; auf Liste Hoffmann (Unabhängige) 275 235 Stimmen und somit 6 Sitze entfallen auf: Adolf Hoffmann, Reid, Rosenfeld, Cohn, Beal, Paul Hoffmann; auf Liste Troelsch (Demokr.) 149 316 Stimmen und somit 3 Sitze entfallen auf: Troelsch, Gassel, Preuß; auf Liste Kaufmann (Deutschnat.) 102 013 Stimmen und somit 2 Sitze entfallen auf: Kaufmann, Klob; auf Liste Garnick (Deutsche Vp.) 53 948 Stimmen und somit entfällt 1 Sitz auf Garnick; auf Liste Fahren der (Christl. Vp.) 53 615 Stimmen und somit entfällt 1 Sitz auf Fahren der.

Wahltag der Unabhängigen in Spandau.

Bei der Arbeiterratswahl in der Munitionsfabrik Spandau schied List 1 (Vertrauensmänner und Unabhängige) 5782 Stimmen, Liste 2 (Bund der Handwerker) 809 Stimmen, Liste 3 (Rechtssozialisten) 1225 Stimmen, Liste 4 (Liste der Angestellten) 112 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 75-80 Prozent. Der Ausgang der Wahl zeigt, wie gering der Anhang der Rechtssozialisten unter den Arbeitern ist.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Ortsgruppe Berlin)

nahm in einer Delegierten-Versammlung am Donnerstag, den 30. d. M. im Gewerkschaftshaus folgende Resolutionen an: „Die Delegierten-Versammlung Groß-Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Deutschlands protestiert auf das schärfste gegen die von einzelnen Betrieben vorgenommene Kündigung von Schwer- und Leichtkriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmern.“

Die Delegierten-Versammlung erwartet von den in Frage kommenden Reichsbehörden den sofortigen Erfolg einer Verordnung, die

1. die Entlassung von Schwerkriegsbeschädigten solange verbietet, bis ihnen eine andere Beschäftigung beschafft worden ist;
 2. die Entlassung von Leichtkriegsbeschädigten und von ehemaligen Kriegsteilnehmern solange verbietet, als im Betriebe Leute beschäftigt werden, die während des Krieges Dienstleistungen nicht geleistet haben.“
- Die Delegierten-Versammlung Groß-Berlin ersucht den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Deutschlands sofort niedergulegen.
- Als zur Ermittelung der Spezial-Liste die Ortsgruppe Groß-Berlin die Mitgliederbeiträge.
- Die Annahme der 1. Resolution erfolgte einstimmig, die der 2. Resolution gegen eine Stimme. Der Aufforderung, kein Verhalten als Kommandeur bei den letzten Vorwahlen in Berlin zu rechtfertigen, war Herr Rattner weder am 28. noch am 30. Januar nachgekommen.

Schmerzschrei eines entlassenen Soldaten.

Ein entlassener Soldat klagt: „Ich bin einer der wenigen Soldaten, welche gleich nach ihrem Eintreffen in Berlin Beschäftigung fanden. Zwar bin ich darüber riesig froh, doch wenn ich die diversen Plakate und Aushänge sehe und lese, welche den heimgekehrten Krieger zur Arbeit auffordern, so packt mich meistens doch eine ziemliche Bitterkeit. Solange wie ich in Berlin bin, ist es niemand anders als die Militärbehörde, welche mich zwingt, in jeder Woche mindestens einen halben Tag freier zu verbringen. Auch war es ein Lazarett, in dem ich in ambulanter Behandlung war, welches mich in jeder Woche zur Unternehmung bestellte. — Unterwegs wurde ich jedesmal, behandelt wie ein Elend, verging der Vormittag, ehe ich das Lazarett verlassen konnte und stets fehlte mir der Arbeitslohn dieses Vormittags an meinem ohnehin nicht hohen Wochenlohn. Eine Konvaleszenz an Sonntagsvormittagen war nicht möglich. — Dann waren es die Kaufereien zur Erlangung eines befehlsmäßigen Entlassungsschreins, welche mich zur Arbeitsruhe zwangen. Niemand erlebte ich es, daß eine Auslösung, welche mir von einer Militärbehörde gegeben wurde, stimmte. Dann wird sozusagen von Wontans zu Wontans geschickt, verfaßt viel kostbare Zeit und verbringt viel Fragens. Deshalb ist eine schriftliche Entlassung nicht zulässig.“

Der Höhepunkt dieser Verhältnisse wird aber durch die Beschäftigungsstellen erreicht. Zwei Tage sehe ich von 7 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags, und warte auf Einlass in die Gemächer, wo der Entlassungsausgang ausgegeben werden soll — es war bisher vergeblich. Ganz warten Hunderte von Menschen vor den Beschäftigungsstellen — aber weshalb in drei Doppelstunden hat man denn noch immer nicht eingesehen, daß dieser Betrieb völlig unzulänglich ist? Weshalb wird nicht die Beförderung der Waranten mit überhöhter Langsamkeit ab? Weshalb erhalten dieselben nicht der Reihenfolge nach laufende

Nummern? Deshalb werden nicht mehr Beschäftigungsstellen eingerichtet?

Der ganze Betrieb auf diesen Stellen hotet jeder Beschäftigung! Ich habe mich sehr gewundert, daß die Menge der Wartenden nicht die Ruhe verliert und zur Abwechslung ein paar Fensterstößen einwirft. Vielleicht könnte das nicht einmal schaden, sondern würde ganz demokratisch und trüge womöglich zur Beförderung dieser unerhörten Plakate bei. — Nur möchte ich bloß wissen, ob mir die Militärbehörde die Zeit, welche ich bis jetzt auf diese Weise verleben mußte, bezahlen wird. Sie wird natürlich auf keine Weise dazu zu bewegen sein. Warum auch — trotz man ja auch die Entlassungssumme, die lumpigen 50 M. nur in noch lumpigeren Noten!

Auch von anderer Seite gehen uns Klagen über die Abwicklung der Geschäfte in den Beschäftigungsämtern zu. Auch darüber, daß vielfach Entlassene gezwungen werden, die das Nachhausebringen nicht lohnen, wogegen die von Kolbe hergeholt und auch die freiwillige Garde neue Uniformen bekommen hat, während für die Entlassenen nichts Beschafftes da ist.

Einstellung von Schulfachweibern.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, vom 1. April 1919 ab 20 Schulfachweibern und je einen Kocharzt für Augen-, Ohren- und Nasenleiden gegen Privatdienstvertrag für Zwecke der schularztlichen Fürsorge in den Gemeindeschulen einzustellen. Die Klage der Schulfachweibern, daß die von ihnen angeordneten Maßnahmen von den Eltern der Kinder nicht ausgeführt werden, hat zu diesem Beschlusse geführt.

Lichtbildervorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Montag, den 3. Februar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34-36, Dr. Lehmann über: Land und Leute von Rumänien. Im Königl. städtischen Realgymnasium, Elisabethstr. 57-58, Oberingenieur Albracht über: Aus der Lebensgeschichte des Gutes.

Dienstag, den 4. Februar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34-36, Prof. Dr. Graebner über: Unsere heimische Pflanzenwelt (5. Vortrag: Unsere Alpenpflanzen und ihre Lebensbedingungen). — Im Sophien-Gymnasium Weinmeisterstr. 15, Dr. Bamberger über: Aus Rüdigers großer Zeit.

Mittwoch, den 5. Februar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34-36, A. Jürk über: Der Bau der Berliner Hoch- und Untergrundbahn. — Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 15, Prof. Dr. v. Eufsen über: Lehren der Sozialanthropologie für den Wiederaufbau des Volkes. (4. Vortrag: Das Aussehen der städtischen Familien.) — Im Königl. städtischen Realgymnasium, Elisabethstr. 57-58, Prof. Dr. B. Feind über: Unser Wissen von der Erde. (2. Vortrag: Lebte die Erde?) Beginn regelmäßig 5 Uhr, Eintritt 15 Pfg. für Jedermann

Die Kohlenfrage. Der Magistrat Berlin teilt mit: „Die Kohlenvorräte in den Zentralen der städtischen Elektrizitätswerke, namentlich in der Zentrale in Moabit, sind nahezu erschöpft. Die unangenehmen Erfahrungen an den städtischen Stellen, für ausreichende Belieferung Sorge zu tragen, sind eigenbürtig geblieben. Es wird demnach aller Voraussicht nach mit einer einschneidenden Einschränkung der Stromversorgung gerechnet werden müssen. Neben den Schädigungen für die Industrie und die arbeitende Bevölkerung wird es sich nicht vermeiden lassen, daß auch der Berliner Straßenbahnverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird.“ Bei den Elektrizitätswerken in Groß-Berlin sind nach Mitteilung der Kohlenstelle Groß-Berlin in der Zeit vom 20. bis 29. Januar 183 040 Zentner Kohlen eingetroffen, gegenüber einem Verbrauch in dem gleichen Zeitraum von 304 700 Zentner. Infolgedessen hat sich der eiserne Bestand um weitere 120 700 Zentner vermindert. Diese Vorräte reichen zur Aufrechterhaltung der Betriebe nur noch für etwa 10 Tage aus, bei den städtischen Elektrizitätswerken in Berlin heute jedoch nur inapp drei Tage. Ebenso unzulänglich sind die Belieferungsverhältnisse der Gasanstalten. — Die Spandauer Staatswerkstätten, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, werden wegen Kohlenmangels auf acht bis vierzehn Tage stillgelegt. Die Arbeiter und Angestellten werden für den Lohnausfall schädlos gehalten.

Ein Raubüberfall wurde wieder in der Steinmetzstraße verübt. Dort wurde ein Kontor A. von zwei Soldaten in einem Hausflur überfallen und ausgeraubt. Den Tätern fiel eine Brieftasche mit 3500 Mark, eine goldene, mit Brillanten besetzte Uhr im Werte von 6000 Mark und eine leberne Handtasche in die Hände. Mit der Beute entliefen die Räuber unerkannt.

Durch Einbruch in den Tod getrieben wurde die 28 Jahre alte Straßenbahnschaffnerin Ida Wiedt aus der Müllerstr. 23. Sie wurde abends in der Küche ihrer Wohnung auf einem Einli neben dem Kochherd sitzend tot aufgefunden. Sie hatte die Wohnung von innen verschlossen und dann die Gasöhre des Kochers geöffnet. In einem an die Eltern gerichteten Schreiben teilt sie mit, daß sie freiwillig in den Tod gehe, weil sie den Verlust nicht überwinden könne, der ihr dadurch entstanden sei, daß Einbrecher ihre Wohnung ausgeräumt hätten.

Der Herr Leutnant und der Arbeiterrat. Im Artilleriedepot Havelhorst bei Spandau kam der den Betrieb leitende Leutnant zu den dort arbeitenden Frauen und ergriffte ihnen, daß der Arbeiterrat Entlassungen vornehmen wolle, die gar nicht

notwendig seien. Der Arbeiterrat habe durch Nebenarbeiten 300 M. pro Woche verdient. Politik dürfe im Betriebe nicht getrieben werden. Anstelle des Arbeiterrats, der zu verabschiedet sein Amt weiter zu verleben, solle ein Ausschuss von je 2 Männern und 2 Frauen gewählt werden. Für die Frauen empfahl er eine der dort tätigen Schwestern zu wählen.

Einmal sind die Behauptungen des Herrn nicht zutreffend, denn die Betriebsleitung hat die Entlassungen beantragt; dann hatten die Mitglieder des Arbeiterrats für Dienstleistungen rückständige Entschädigungen zu erhalten, die mit dem Wiedereintritt nichts zu tun hatten und endlich ist es Dreifachheit landesgleich, sich in Sachen zu mischen, die ihn gar nichts angehen, die einzig und allein Sache der Arbeiter selbst ist.

Turnverein Bichte. Die 6. Männerabteilung und 7. Schülernabteilung hat ihre Turnstunden wieder aufgenommen und turnt Dienstags und Freitags von 7-9 Uhr in der Turnhalle Staßfurterstraße 54. Gäste herzlich willkommen.

Ein Mieterkammerverein zum Schutze der Mieter gegen die fortgeschrittenen ungeheuren Mietssteigerungen hat sich in Reinickendorf-West gebildet.

Lebensmittellieferer.

NeuWiß. In der kommenden Woche werden in NeuWiß Straußen und Teigwaren und zwar je 150 Gramm auf die Abschnitt 10 und 17 der Großberliner Lebensmittellieferer an die Bevölkerung abgegeben. Der Verkauf von Suppen wird fortgesetzt. Für die im Bezirk der 4. Provisionskommission eingetragenen Futterfunden wird bis einschl. Montag, den 3. Februar, 128 Gramm Lipauer Käse abgegeben. In den Milch- und Käsehandlungen sind gegen Trennung der Abschnitte 134 und 135 frische Milch sowie Käsewaren je nach Zubereitung in einer Menge von 1 kg. 4 Pfund erhältlich. Nach Einritt gelinder Bitterung wird ferner mit dem Verkauf eines größeren Quantums Perlinge auf Abschnitt 137 der NeuWißer Warenbezugsliste begonnen. Die Kartoffelration beträgt von Montag, den 3. Februar ab, 8 Pfund. Neben dem Ertrag für die ausgefallene Kartoffelmengen, der in Fleisch gegeben werden soll, können Kartoffeln entnommen werden. Für den Verkauf von Kaffeeersatzmitteln sind weiterhin folgende Geschäfte zugelassen: Fritz Goll, Hermannstr. 27, Paul Sebastian, Weilerstr. 210 und O. Berke, Kaiser-Friedrich-Str. 64. Unter Vorlage des Abschnittes 18 der Rationier-Erlassung ist die Anmeldung von Kaffeeersatz bei den Kleinhändlern zu bewirken.

Brig. In der Woche vom 3. bis 9. Februar d. J. gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe: auf Abschnitt 20 der Lebensmittelkarte für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 1/2 Pfd. Schokolade; für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre 100 Gramm reiner Jücker-Bruchsaft. Bezugsberechtigt sind nur Kinder, welche die laufende Milchration zusammen mit dem Brüder Ausweis vorlegen. Auf Abschnitt 21: 1 Paket Streichhölzer je Haushalt, für Bekleidungs- und Gewerbetreibende 2 Pakete je Haushalt. Auf Abschnitt 22: 30 Gramm Dauerverdauje je Person, höchstens aber 100 Gramm je Haushalt von mindestens 5 Personen. Für je 20 Gramm Burt ist ein Teilchen Anteil der Fleischration abzutrennen. Auf Abschnitt 23: Sonderzuteilung, freizügig gelassen in der Verkaufsstelle Sauerstoff, Tomaten in Eisen, Salzputzen und Klippische zum Verkauf. Nr. 1-900 am Montag, Nr. 901-1500 am Dienstag, Nr. 1501-2700 am Mittwoch, Nr. 2701-3700 am Donnerstag, Nr. 3701 bis Schluss am Freitag.

Reinickendorf. In den nächsten Tagen gelangt auf den Doppelschnitt 177 A/B der tiefen grünen Lebensmittellieferer 100 Gramm Käse zum Preise von 0,70 M. in den bekannten Geschäften zur Ausgabe. Auf Abschnitt 1 der Bezugsliste kann im Februar ein Päckchen Säfte auch entnommen werden. Vom 1. Februar ab gelangt Säfte auch in den amtlichen Verkaufsstellen zum Verkauf.

Konsumes. Es werden in der Woche vom 3. bis 9. Februar abgegeben: Karamelle: 500 Gramm zum Preise von 1 M. auf den Kartonschnitt 92 und 93 der Lebensmittellieferer. Graupen: 100 Gramm zum Preise von 9 Pfg. auf den Kartonschnitt 95 der Lebensmittellieferer (100). Vorsatz: 10 Gramm zum Preise von 26 Pfg. auf den Kartonschnitt 98 der Lebensmittellieferer. Nougat: 1 Paket zum Preise von 45 Pfg. auf den Kartonschnitt 96 der Lebensmittellieferer für Jugendliche. 1 Paket Rogermilchpulver zum Preise von 35 Pfg. für Kinder bei der Firma Regel, Friedrichstr. 12, auf den Kartonschnitt 97 der Lebensmittellieferer. Die Kartonschnitte haben am Montag, den 3. und Dienstag, den 4. Februar d. M. die Kartonschnitte 92, 93, 95, 96 der Lebensmittellieferer bei dem Kleinhändler abgegeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Verspätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Aus den Organisationen.

Versicherungsgesellschaft der General-Agenturen und Subdirektionen Montag, 4 Uhr Nachmittags, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Fortsetzung der Versammlung vom 27. 1. 1919: „Entschuldigungsverhältnisse“. Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Zweiter Wahlkreis 14. Sitzung, Parteigenossen des Westens! Die Mitgliederversammlung am Montag in der Dammstr. 13, bei Hülse, beginnt abends 7 Uhr.

Erster. Montag, den 3. Februar 1919, Mitglieder-Versammlung in Brots-Gesellschaftshaus, abends 8 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Sitzung, neues Referat! Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielepp, Reinickendorf. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. k. d. Schilddauerstadt 19.

Theater und Vergnügungen.
Volkstheater. Theater am Blücherplatz. Direktion Wilhelm Kayssler. 7 Uhr: Maß für Maß.
Opernhaus. 7 Uhr: Der Hilarische Holländer.
Schauspielhaus. 7 Uhr: Peer Gynt.
Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater. 7 Uhr: Das hat Licht scheint in der Finsternis.
Kammerspiele. 7 Uhr: Der Sohn.
Kleines Schauspielhaus. Passauerstr. 1. Portal 5. 7 Uhr: Die sechs Pandoren.
Lessing-Theater. Direkt. Viktor Parnowsky. 7 Uhr: Der Schöler.
Deutsches Künstler-Theat. Allee 71. 7 Uhr: Die Rose von Stambul.

Th. d. Friedrichstadt
Täglich 7 1/2 Uhr:
Drei tolle Tage
Trianon-Theater
Dahl-Friedrichstr. 27. 7. 2391
7 Uhr: **Der gute Ruf**
Von Hermann Sudermann.
Deutsch. Schauspielhaus
7 Uhr: Das Glück des Fremden.
Friedrich-Wilhelm-Theater.
7 Uhr: Hannele.
Das Dreimäderlein.
II. Teil.
Kleines Theater.
7 Uhr: **Tabula rasa.**
Komische Oper.
7 Uhr: **Schwarzwaldmäd.**
Lustspielhaus.
7 Uhr: **Die spanische Flegel**
Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Faschingsfee.**
Neues Operettenhaus.
Schilddauerstadt 44. 7. 2391
7 Uhr: **Die kranke Susanne.**
Hoftheater. Neue Theater.
7 Uhr: **Der Mikado.**
Schiller-Theater Charlottenburg
7 1/2 Uhr: **Der Kaiserliche.**

Thalia-Theater.
7 Uhr: **Polnische Wirtschaft.**
Theater am Hallesdortplatz.
7 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Theater des Westens.
7 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Süd. 4 Uhr: **Aschenbrödel.**
Wallner-Theater
7 Uhr: **Geisha**
Rose-Theater
7 Uhr: Vorletzte Aufführung:
Das Dreimäderlein.
Gasbrotel d. Friedrich-Wilhelmstr. d. Theater.
Wallhauss-Theater
7 Uhr: **August der Starke**
Casino-Theater.
Lothringers-Str. 37. Theat. 7. 2391
Nur noch kurze Zeit!
Der erfolgreichste Schläger
Die goldene Brücke
Vorher das neue Februar-Programm.
Sonnt. 7 Uhr: **Die weiße Dame**
Eintritt frei!
Lieban-Rabarett
Künstler-Dialekt
Taubenstr. 34.
Ab 4 Uhr: **Orchester**
Ab 7 Uhr: **1. Tanz.**
Erlaubt Theater, Kaffee, Kaffee.
E. Wenz. K. Dahn. Zehn Preis.

METROPOL
Rabarett
Behrenstr. 53-55
Dir. Alex Branno.
Albe Holk
Norma & Fernand
Lanzigs? —
Dugson
Eli Glässner
Otto Röhr
Robert Steide.
Gygyi-Konzerte
Vorzügliche Küche.

Wintergarten
Das große
Spezialitäten-Programm
Anfang 1/8 Uhr
Apollo
Friedrichstraße 215.
Dir. James Klein.
7. Sonntag 7 1/2 und 7 3/4
Ein Theater-Original!
Persönl. Auftreten
d. weltberühmt. Kompos.
GILBERT!
sowie ein großes
Variété-Programm.
Kleine Anzeigen

6 Kaninchen
mit Stahl, Wachstafel mit
Spezial und Maxmop sitz zu
verkaufen. Br. d. Hagen.
Springstr. 38. Ostpre. 11.
Zehngelbes, Platin, Stahl zu
höchsten Preisen Links,
Dönhofsstraße 45.
Niederschönhausen.
Abonnement auf die „Froh-
heit“ nimmt Radde, Berliner
Straße 53, an.
Zeltungs-
Ausrückerinnen
werden in gestellt in der
Exzellenz der „Froh-
heit“, Berlin NW 6,
Schilddauerstadt 19,
4 Treppen.
Botenfrauen
verlangt
Blänkle,
Boppstrasse 1.
nserate
für den dienstleistungs-
Tag müssen spätestens
5 Uhr, Sonntag bis 2
Uhr nachm. bei der
Expedition Schilddauer-
stadt 19 abgegeben sein.

Achtung! Versicherungsangelegenheiten.
Die für Montag nach den Drahtfäden „Alt-Berlin“
einberufene Versammlung findet nicht
dort, sondern am
Montag, nachm. 4 Uhr, im Köigsstadt-
Kasino, Holzmarktstr. 72, statt.
Sektion der Versicherungsangelegenheiten
im Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
Jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische)
Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche,
ev. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung,
Licht- und Pflanz-Behandlung, Querschnitts-
Entzündungen-Kuren, Erythro-Kuren, elektrische und
medikamentöse Bäder, Ovario-Behandlung, Ovario-Kuren
bei Frauen und Herren.
Aerztlich geleitet Helianstr. 11.
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-5, Sonntag 9-11.
Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündungen, Syphilis,
Mandelschmerzen, Fischchen, Reizleiden, Mastdarmleiden,
Nieren-, Blasenleiden usw. nach
Präsident Dr. Hermann v. Sigmund, gültigen Heilverfahren
möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufs-
Ansch. Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend
bewährt. Kuren, Hohenhausen. Auf Wunsch Sanatorium
Dr. Hermanns
Elassenstr. 42, I (4 Min. v. Steig Bahnh.)
Sprechst. 10-12 u. 3-7 Uhr.
Sonnt. v. 10-11 Uhr vorm.